

orell füssli

Stephan Breitenmoser  
Michel Jutzeler  
Ralf Michael Straub



Repetitorium

**Europarecht**

Stephan Breitenmoser / Michel Jutzeler / Ralf Michael Straub  
**Europarecht**

Stephan Breitenmoser / Michel Jutzeler / Ralf Michael Straub

# Repetitorium Europarecht

Kurz gefasste Darstellung mit  
Schemata, Übungen und Lösungen

**orell füssli** Verlag

1. Auflage 2018  
Orell Füssli Verlag, [www.ofv.ch](http://www.ofv.ch)  
© 2018 Orell Füssli Sicherheitsdruck AG, Zürich  
Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

Umschlagabbildung: © Shutterstock.com

ISBN 978-3-280-07148-9 Print  
ISBN 978-3-280-09424-2 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittel-spezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Der vorliegende Band zum Europarecht stellt das sich in einem steten und raschen Wandel befindliche Europarecht in konziser und übersichtlicher Art und Weise dar. Die Schwerpunkte dieses Repetitoriums bilden die allgemeinen Grundlagen und Grundsätze des Europarechts, was angesichts der zunehmenden Komplexität des Europarechts sowie der steigenden Zahl der Rechtsakte und Gerichtsurteile von zentraler Bedeutung ist. Dabei wird auch die Entwicklung dieser Grundsätze und Grundlagen dargestellt und mit Grafiken und Tabellen illustriert.

Neben der Entwicklung, den institutionellen Grundlagen und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen umfasst das Buch auch das Binnenwirtschaftsrecht mit den Grundfreiheiten und gibt einen Überblick über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die sonstigen europäischen internationalen Organisationen. Weitere Kapitel bilden das Auswärtige Handeln der EU, die Harmonisierung des EU-Rechts sowie der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Darüber hinaus behandelt das Buch Themen, die gewissermassen dem besonderen Teil des Europarechts zuzurechnen sind, die aber in der Praxis von grösster Bedeutung sind. So werden der Wettbewerbspolitik und den sonstigen wichtigen Politiken ein eigenes Kapitel gewidmet. In einem weiteren Kapitel werden schliesslich das vielfältige sektorielle vertragliche Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU sowie die Auswirkungen des Europarechts auf die Schweiz dargestellt.

Das Buch richtet sich an Studierende der Universitäten und der Fachhochschulen sowie an alle am Europarecht Interessierten, denen es als Orientierungshilfe, als Nachschlagewerk und für die Prüfungsvorbereitung dienen soll.

Für ihr sorgfältiges Lektorat und ihre Mitarbeit bei der Erstellung des Abkürzungsverzeichnisses danken wir Frau Giulia Marelli, MLaw, sehr herzlich. Schliesslich möchten wir auch Herrn Raimund Süess, MLaw, vom Orell Füssli Verlag für seine umsichtige Betreuung der Autorenschaft bestens danken.

Stephan Breitenmoser, Michel Jutzeler, Ralf Michael Straub

Basel, im Oktober 2018

# Inhaltsübersicht

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>19</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>25</b>
<b>1. Teil    Gegenstand der EU</b>	<b>27</b>
<b>2. Teil    Entwicklung der Europäischen Union</b>	<b>49</b>
<b>3. Teil    Sonstige europäische internationale Organisationen</b>	<b>69</b>
<b>4. Teil    Institutionen</b>	<b>80</b>
<b>5. Teil    Rechtsordnung und Rechtsschutz</b>	<b>113</b>
<b>6. Teil    Auswärtiges Handeln der EU</b>	<b>148</b>
<b>7. Teil    Wirtschaft und Finanzen</b>	<b>163</b>
<b>8. Teil    Die Grundfreiheiten</b>	<b>180</b>
<b>9. Teil    Harmonisierung der Rechtsordnungen</b>	<b>211</b>
<b>10. Teil    Wettbewerbspolitik</b>	<b>233</b>
<b>11. Teil    Übrige Politiken</b>	<b>256</b>
<b>12. Teil    Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</b>	<b>265</b>
<b>13. Teil    Die Schweiz und die EU</b>	<b>280</b>
<b>Lösungen</b>	<b>306</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>323</b>

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>6</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>19</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>25</b>
<b>1. Teil    Gegenstand der EU</b>	<b>27</b>
A.    Status	27
1.    Rechtsgrundlagen	27
2.    Organisationsform	29
2.1    Traditionelle völkerrechtliche Organisationsformen	29
2.2    Abgrenzung der EU gegenüber Staat und Staatenbund	30
2.3    Qualifizierung als supranationale Organisation	31
3.    Zweck	32
4.    Werteordnung	33
4.1    Inhalt	33
4.2    Durchsetzung und Sanktionen	34
5.    Zielsetzungen	34
6.    Grundlage des Verhältnisses zwischen EU und Mitgliedstaaten	35
6.1    Grundsätze der Gleichheits- und Identitätswahrung	35
6.2    Loyalitätsprinzip	35
B.    Mitgliedstaaten	35
1.    Gründungsstaaten und Erweiterung	35
2.    Beitritts-, Austritts- und Ausschlussverfahren	38
2.1    Beitritt	38
2.2    Austritt	39
2.3    Ausschluss	40
3.    Verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten	40
C.    Territorialer Geltungsbereich	41
D.    Unionsbürger	42
1.    Unionsbürgerschaft	42
2.    Unionsbürgerrechte	42
3.    Unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot	43
E.    Eigendarstellung	44
1.    Insignien	44
2.    Mehrsprachigkeit	44
3.    Publikationen	44
4.    Informationszugang und Informationsvermittlung	46
F.    Informationen	47
G.    Übungen	48
<b>2. Teil    Entwicklung der Europäischen Union</b>	<b>49</b>
A.    Überblick	49
B.    Europäische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg	50
C.    Gründungsphase	51
1.    Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	52
2.    Westeuropäische Union (WEU)	52

3.	Europäische Politische Gemeinschaft	53
4.	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) / Europäische Gemeinschaft (EG)	53
5.	Europäische Atomgemeinschaft (EAG/EURATOM)	54
6.	Institutionelle Vereinheitlichung der Organe	54
D.	Phase des institutionellen Ausbaus	54
1.	Einheitliche Europäische Akte	55
2.	Vertrag von Maastricht	55
3.	Abkommen zur Sozialpolitik	56
4.	Abkommen von Schengen und Dublin	56
5.	Vertrag von Amsterdam	57
6.	Vertrag von Nizza	57
7.	Charta der Grundrechte	58
8.	Verfassungsvertrag	58
E.	Aktueller Status: Vertrag von Lissabon	59
F.	Phase der Bewährung	61
1.	Euro-Krise	61
2.	Flüchtlingskrise	63
3.	Steuerkrise	64
4.	Sozialkrise	65
5.	Mitgliedstaatliche Verfassungskrisen	66
6.	Brexit	67
G.	Übungen	68
<b>3. Teil Sonstige europäische internationale Organisationen</b>		<b>69</b>
A.	Überblick	69
B.	Europäische Atomgemeinschaft	69
C.	Europarat	70
D.	Wirtschaftliche Organisationen	72
1.	Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)	72
2.	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	74
E.	Sicherheitsorganisationen	75
1.	NATO	75
2.	OSZE	77
F.	Spezifische internationale Organisationen	78
G.	Übungen	79
<b>4. Teil Institutionen</b>		<b>80</b>
A.	Allgemeines	80
1.	Überblick	80
2.	Ausgestaltung des institutionellen Systems	80
2.1	Die institutionelle Kompetenz- und Gewaltenteilung in der EU	81
2.2	Demokratische Legitimität	83
2.3	Selbstorganisationsrecht	85
2.4	Zusammenarbeit der Institutionen	85
2.5	Sitz der Institutionen	85
2.6	Personal der Institutionen	86
2.7	Exkurs: Lobbyismus	86
B.	Hauptorgane	87
1.	Europäischer Rat	87
1.1	Entwicklung	87
1.2	Zusammensetzung	87
1.3	Präsident des Europäischen Rates	87
1.4	Aufgaben	88

1.5	Organisation	88
1.6	Beschlussfassung	88
2.	Rat	89
2.1	Zusammensetzung	89
2.2	Aufgaben	89
2.3	Organisation	90
2.4	Beschlussfassung	92
3.	Europäisches Parlament	92
3.1	Zusammensetzung und Wahl	92
3.2	Aufgaben	93
3.3	Organisation	93
3.4	Beschlussfassung	94
3.5	Parteien und Fraktionen	94
4.	Kommission	94
4.1	Zusammensetzung und Wahl	94
4.2	Präsident der Kommission	95
4.3	Der Hohe Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik (EUV 18)	96
4.4	Aufgaben	96
4.5	Organisation	97
4.6	Beschlussfassung	97
5.	Gerichtshof der Europäischen Union	97
5.1	Zusammensetzung und Wahl	97
5.2	Fachgerichte	98
5.3	Gerichtsorganisation	98
6.	Europäischer Rechnungshof	98
6.1	Zusammensetzung und Wahl	98
6.2	Aufgaben	99
6.3	Organisation und Beschlussfassung	99
7.	Europäische Zentralbank	99
7.1	Zusammensetzung und Ernennung	99
7.2	Aufgaben und Befugnisse	99
C.	Nebenorgane	100
1.	Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	100
1.1	Zusammensetzung und Wahl	100
1.2	Aufgaben	100
1.3	Organisation und Beschlussfassung	101
2.	Ausschuss der Regionen (AdR)	101
2.1	Zusammensetzung und Wahl	101
2.2	Aufgaben	102
2.3	Organisation	102
D.	Sonstige Einrichtungen	102
1.	Europäische Investitionsbank (EIB)	102
1.1	Ausstattung	102
1.2	Aufgaben	103
1.3	Organisation	103
2.	Europäischer Bürgerbeauftragter	103
2.1	Ernennung	103
2.2	Aufgaben	103
2.3	Organisation	104
3.	Europäischer Datenschutzbeauftragter	104
3.1	Ernennung	104
3.2	Aufgaben	104

3.3	Organisation	104
4.	Agenturen	104
E.	Rechtsetzungsverfahren	106
1.	Allgemeines	106
2.	Gesetzgebungsverfahren	107
2.1	Mitentscheidungsverfahren	107
2.2	Zustimmungsverfahren	110
2.3	Anhörungsverfahren	110
3.	Sonstige Rechtsetzungsverfahren	110
3.1	Delegationsverfahren	111
3.2	Komitologieverfahren	111
F.	Übungen	112
<b>5. Teil Rechtsordnung und Rechtsschutz</b>		<b>113</b>
A.	Rechtsquellen	113
1.	Überblick	113
2.	Primäres EU-Recht	114
2.1	Allgemein	114
2.2	Kodifiziertes primäres EU-Recht	115
2.3	Ungeschriebenes primäres EU-Recht	116
3.	Grundrechte	116
3.1	Allgemeines	116
3.2	Abgrenzung zu den Grundfreiheiten	117
3.3	Die Charta der Grundrechte der EU	117
4.	Sekundäres EU-Recht	119
4.1	Überblick	119
4.2	Verordnungen	120
4.3	Richtlinien	120
4.4	Beschlüsse	123
4.5	Empfehlungen und Stellungnahmen	123
4.6	Sonstige Rechtshandlungen	124
5.	Rechtsgrundsätze des EU-Rechts	124
5.1	Allgemeines	124
5.2	Der Grundsatz der Subsidiarität	125
5.3	Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit	125
5.4	Loyalitätsprinzip	125
5.5	Grundsatz der Gleichheits- und Identitätswahrung	126
5.6	Demokratieprinzip	126
5.7	Der Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts	126
5.8	Weitere Rechtsgrundsätze	126
B.	Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten	127
1.	Überblick	127
2.	Arten von Zuständigkeiten	127
2.1	Ausschliessliche Zuständigkeit der EU	127
2.2	Geteilte Zuständigkeiten der EU	127
2.3	Zuständigkeiten zur Ergänzung, Koordination und Unterstützung	128
2.4	Ausschliessliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten	128
2.5	Vertragsabrundungskompetenz der EU	128
2.6	Zuständigkeit der EU kraft Sachzusammenhangs	129
C.	Verhältnis zum nationalen Recht	129
1.	Das Verhältnis zum nationalen Recht aus Sicht der EU	130
1.1	Grundsätze	130
1.2	Auswirkung	130

2.	Das Verhältnis zum Unionsrecht aus Sicht der Mitgliedstaaten	131
2.1	Die mitgliedstaatliche Rechtsprechung	131
2.2	Die Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts	131
D.	Rechtsvollzug	132
1.	Grundlagen	132
2.	Direkter Vollzug	133
3.	Indirekter Vollzug	135
4.	Verwaltungskooperation	136
5.	Amts- und Staatshaftung	136
5.1	Amtshaftungsanspruch	137
5.2	Staatshaftungsanspruch	137
6.	Sanktionierung	138
E.	Rechtsschutz	138
1.	Allgemeines	138
1.1	Sachliche Zuständigkeit	139
1.2	Rechtsschutzverfahren	139
1.3	Rechtsmittelverfahren	140
1.4	Zuweisung der Rechtsschutzverfahren	140
1.5	Allgemeine Ausgestaltung der Rechtsschutzverfahren	140
2.	Vorabentscheidungsverfahren	141
3.	Vertragsverletzungsverfahren	142
4.	Nichtigkeitsklage	144
5.	Untätigkeitsklage	144
6.	Schadenersatzklage	145
7.	Inzidente Normenkontrolle	146
8.	Sonstige Verfahren	146
F.	Übungen	147
<b>6. Teil</b>	<b>Auswärtiges Handeln der EU</b>	<b>148</b>
A.	Einführung	148
1.	Übersicht	148
2.	Stellung der EU im Völkerrecht	149
2.1	Völkerrechtssubjekt	149
2.2	Rechts- und Geschäftsfähigkeit	149
2.3	Immunität und Vorrechte	149
3.	Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch die EU	149
3.1	Vertragsschlusskompetenz der EU	149
3.2	Verhältnis der EU-Kompetenzen zu den Kompetenzen der Mitgliedstaaten	150
3.3	Verhandlungs- und Abschlusskompetenz	150
3.4	Wirkung der Verträge	151
3.5	Gemischte Abkommen	151
3.6	Rechtsschutz	152
4.	Europäischer Auswärtiger Dienst	152
B.	Gemeinsame Handelspolitik	152
1.	Überblick	152
2.	Formen handelspolitischer Massnahmen	153
2.1	Autonome handelspolitische Massnahmen	153
2.2	Vertragliche Handelspolitik	154
C.	Kooperationen	154
1.	Assoziierungsabkommen	154
1.1	Zollunion mit der Türkei	154
1.2	Europäischer Wirtschaftsraum	154

1.3	Sektorielle Abkommen mit der Schweiz	155
1.4	Entwicklungszusammenarbeit	155
1.5	Mittelmeerpartnerschaft	157
2.	Wirtschaftsabkommen	157
D.	Erlass restriktiver Massnahmen	158
1.	Übersicht	158
2.	Verfahren	158
3.	Rechtsschutz	159
E.	Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP)	159
1.	Übersicht	159
2.	Zuständigkeiten	159
3.	Handlungsformen der GASP	159
4.	Verfahren und Rechtsschutz	160
5.	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	161
F.	Übungen	162
<b>7. Teil</b>	<b>Wirtschaft und Finanzen</b>	<b>163</b>
A.	Einführung	163
B.	Finanzordnung	163
1.	Allgemeines	163
1.1	Grundlage	163
1.2	Struktur	164
1.3	Verfahren	165
1.4	Haushaltsprinzipien	165
1.5	Ausführung des Haushalts	166
1.6	Kontrolle des Haushalts	166
1.7	Betrugsbekämpfung	166
2.	Gesamthaushalt und Einzelpositionen	167
2.1	Gesamthaushalt	167
2.2	Einnahmen der EU	168
2.3	Ausgaben der EU	169
3.	Finanzierungsstatus der Mitgliedstaaten	169
4.	Finanzierungsleistungen von Drittstaaten	171
C.	Wirtschafts- und Währungspolitik	171
1.	Übersicht	171
2.	Das institutionelle System der Währungsunion	172
2.1	Überblick	172
2.2	Das ESZB	172
2.3	Die EZB	173
3.	Wirtschaftspolitik	173
3.1	Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik	173
3.2	Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin und zur Vermeidung übermässiger Defizite	175
3.3	Alleinhaftung der Mitgliedstaaten und Beistand für in Not geratene Mitgliedstaaten	176
4.	Währungspolitik	177
4.1	Einführung	177
4.2	Stufen zur Verwirklichung der Währungsunion	177
4.3	Wirtschaftliche Konvergenz	177
D.	Übungen	179
<b>8. Teil</b>	<b>Die Grundfreiheiten</b>	<b>180</b>
A.	Grundlagen	180
1.	Überblick	180

2.	Allgemeine Prinzipien der Grundfreiheiten	180
2.1	Schutz- und Anwendungsbereich	181
2.2	Schutzwirkung und -richtung	181
2.3	Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote	181
2.4	Rechtfertigungsmöglichkeiten und -gründe	182
2.5	Zusammenwirken von Grundrechten und Grundfreiheiten	182
B.	Freier Warenverkehr	183
1.	Allgemeines	183
2.	Die Zollunion	184
3.	Verbot mengenmässiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie Massnahmen gleicher Wirkung	184
3.1	Verbot mengenmässiger Beschränkung	185
3.2	Massnahmen gleicher Wirkung	185
3.3	Ausnahmen und Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit	187
3.4	Ausnahmen nach AEUV 36	187
3.5	Immanente Schranken von AEUV 34 – sog. Rule of Reason	188
3.6	Drittwirkung der Warenverkehrsfreiheit	189
3.7	Detaillierter Prüfungsaufbau	189
4.	Der Erschöpfungsgrundsatz des geistigen Eigentums	191
4.1	Allgemeiner Grundsatz	191
4.2	Einzelfragen	192
5.	Handelsmonopole (AEUV 37)	192
C.	Freier Personenverkehr	192
1.	Überblick	192
2.	Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	193
2.1	Begriff des Arbeitnehmers	193
2.2	Gegenstand der Arbeitnehmerfreizügigkeit	193
2.3	Einzelfragen	194
2.4	Beschränkungen und Ausnahmen	197
2.5	Detaillierte Prüfung	198
3.	Niederlassungsfreiheit	200
3.1	Geltungsbereich	200
3.2	Adressaten	200
3.3	Schutzwirkung	200
3.4	Begleitrechte	201
3.5	Beschränkungen und Ausnahmen	201
3.6	Beschränkung nach AEUV 52	201
3.7	Ausschluss von Tätigkeiten nach AEUV 51 Abs. 2	201
3.8	Spezifische Beschränkungen	201
3.9	Detaillierte Prüfung	201
D.	Freier Dienstleistungsverkehr	203
1.	Allgemeines	203
1.1	Der Begriff der Dienstleistung	203
1.2	Ausprägungen der Dienstleistungsfreiheit	203
2.	Die Abgrenzung gegenüber anderen Grundfreiheiten	204
2.1	Die Abgrenzung gegenüber dem freien Personenverkehr	204
2.2	Abgrenzung gegenüber der Warenverkehrsfreiheit	204
2.3	Abgrenzung gegenüber der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	204
3.	Geltungsbereich	205
3.1	Personaler Geltungsbereich	205
3.2	Sachlicher Geltungsbereich	205
3.3	Drittwirkung	205

4.	Beschränkungen	205
4.1	Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe	205
4.2	Immanente Schranken	206
4.3	Detaillierte Prüfung	206
E.	Freier Kapital- und Zahlungsverkehr	208
1.	Grundlagen	208
1.1	Gegenstand	208
1.2	Abgrenzungen	208
2.	Inhalt	209
2.1	Verbot der Beschränkung des Kapitalverkehrs	209
2.2	Verbot der Beschränkung des Zahlungsverkehrs	209
3.	Ausnahmen und Beschränkungen	209
3.1	Ausnahmen	209
3.2	Massnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung	210
F.	Übungen	210
<b>9. Teil</b>	<b>Harmonisierung der Rechtsordnungen</b>	<b>211</b>
A.	Einführung	211
1.	Ziel der Harmonisierung	211
2.	Rechtsgrundlagen	212
3.	Voraussetzungen für die Harmonisierung	212
3.1	Harmonisierung der Rechtsordnungen gestützt auf AEUV 114	212
3.2	Angleichung nach AEUV 115	213
4.	Gesetzgebungsverfahren	213
5.	Befolgung und Umsetzung in den Mitgliedstaaten	214
5.1	Überblick	214
5.2	Verletzung der Umsetzungspflicht	214
5.3	Abweichende Regelungen in den Mitgliedstaaten	214
B.	EU-Verbraucherschutz	215
1.	Übersicht	215
2.	Rechtsangleichung im Bereich des Verbraucherschutzes	215
C.	Europäisches Gesellschaftsrecht	219
1.	Überblick	219
2.	Angleichung des Gesellschaftsrechts	219
3.	Einführung europäischer Gesellschaftsformen	220
3.1	Überblick	220
3.2	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	220
3.3	Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE)	221
3.4	Die Europäische Genossenschaft (SCE)	223
D.	EU-Urheberrechte und Gewerblicher Rechtsschutz	224
1.	Überblick	224
2.	Urheberrecht	225
3.	Gewerbliche Schutzrechte	226
3.1	Patentrecht	226
3.2	Weitere Harmonisierungsmassnahmen	227
3.3	Sortenschutz	228
3.4	Markenrecht	228
E.	EU-Steuerrecht	229
1.	Überblick	229
2.	Harmonisierung der indirekten Steuern	230
2.1	Harmonisierung der Umsatzsteuern	230
2.2	Harmonisierung der Verbrauchssteuern	231
3.	Harmonisierung der direkten Steuern	231

F. Übungen	232
<b>10. Teil Wettbewerbspolitik</b>	<b>233</b>
A. Einführung	233
B. Grundlagen des EU-Kartellrechts	235
1. Rechtliche Grundlagen	235
2. Anwendungsbereich	235
2.1 Sachlicher Anwendungsbereich	235
2.2 Persönlicher Anwendungsbereich	236
2.3 Räumlicher Anwendungsbereich	236
3. Relevanter Markt	237
4. Das Verhältnis zum nationalen Kartellrecht	237
5. Schadenersatz	238
6. Bedeutung	239
C. Kartellverbot	240
1. Verhalten	241
1.1 Relevanter Markt	241
1.2 Wettbewerbsabrede	241
1.3 Wettbewerbsbeschränkung	241
1.4 Spürbarkeit	243
1.5 Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	243
2. Freistellung	244
2.1 Einzelfreistellung	244
2.2 Gruppenfreistellung	244
3. Rechtsfolgen und Sanktionen	245
D. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	245
1. Verhalten	246
1.1 Relevanter Markt	246
1.2 Marktbeherrschende Stellung	246
1.3 Missbräuchliche Ausnutzung	246
1.4 Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	248
2. Rechtsfolgen und Sanktionen	248
E. Fusionskontrolle	248
1. Überblick	248
2. Zuständigkeitsverteilung	249
3. Anwendungsvoraussetzungen	249
4. Verfahren	250
5. Materielle Beurteilung	250
6. Sanktionen	250
F. Öffentliche Unternehmen	250
1. Grundsatz	250
2. Ausnahme	251
G. Beihilfenrecht	252
1. Allgemeines	252
2. Beihilfenverbot	252
2.1 Begriff der Beihilfen	252
2.2 Voraussetzungen	253
3. Ausnahmen vom Beihilfenverbot	253
3.1 Legalausnahmen	253
3.2 Ermessensausnahmen	253
3.3 Sonstige Ausnahmen	254
4. Überprüfung von staatlichen Beihilfen	254
4.1 Verfahren	254

4.2	Rechtsfolgen	254
H.	Übungen	255
<b>11. Teil</b>	<b>Übrige Politiken</b>	<b>256</b>
A.	Landwirtschafts- und Fischereipolitik	256
1.	Übersicht	256
2.	Sachlicher Anwendungsbereich der GAP	256
3.	Ziele, Mittel und Instrumente der GAP	257
3.1	Ziele und Mittel der gemeinsamen Agrar- und Landwirtschaftspolitik	257
3.2	Marktordnungspolitik	257
4.	Fischereipolitik	258
B.	Sozialpolitik	258
1.	Überblick	258
2.	Rechtsgrundlagen und Tätigkeit der EU	259
C.	Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	260
1.	Überblick	260
2.	Verkehrspolitik	260
3.	Transeuropäische Netze	261
D.	Umweltpolitik	261
1.	Überblick	261
2.	Rechtsgrundlagen und Grundsätze der Tätigkeit der Union	262
E.	Sonstige Politikbereiche	263
F.	Übungen	264
<b>12. Teil</b>	<b>Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</b>	<b>265</b>
A.	Einführung	265
1.	Übersicht	265
2.	Entwicklung	265
3.	Die Zusammenarbeit nach dem Vertrag von Lissabon	266
3.1	Neue Handlungsformen	266
3.2	Rechtsetzungsverfahren	266
3.3	Rechtsschutzverfahren	267
3.4	Zuständigkeit der EU im Strafrecht	267
3.5	Vorbehalte zugunsten der Mitgliedstaaten	268
B.	Politik in den Bereichen der Grenzkontrollen sowie von Asyl und Einwanderung	268
1.	Einleitung	268
2.	Grenzkontrollen – Das Schengen-Regime	268
2.1	Begriff und Inhalt des Schengener Rechts	269
2.2	Aufhebung der Binnengrenzkontrollen	269
2.3	Kooperation im Rahmen von Schengen	269
2.4	Gemeinsame Visa-Politik	271
3.	Asyl und Einwanderung	271
3.1	Das Gemeinsame Europäische Asylsystem	271
3.2	Inhalt und Zielsetzung von Dublin	272
3.3	Einwanderungspolitik	273
C.	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	274
1.	Einleitung	274
2.	Grundsatz der Anerkennung und Vollstreckung zivilrechtlicher Entscheidungen	274
3.	Grenzüberschreitende Beweiserhebung	275
D.	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	276
1.	Einleitung	276
2.	Gegenseitige Anerkennung und Angleichung des Strafrechts	276
2.1	Der Europäische Haftbefehl	276
2.2	Weitere Massnahmen	277

3.	Institutionelle Ausgestaltung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit	278
3.1	Justizielle Zusammenarbeit	278
3.2	Polizeiliche Zusammenarbeit	278
E.	Übungen	279
<b>13. Teil</b>	<b>Die Schweiz und die EU</b>	<b>280</b>
A.	Überblick	280
B.	Das Freihandelsabkommen von 1972	282
1.	Inhalt	282
2.	Beschränkungsmöglichkeiten und Schutzklausel	283
3.	Gemischter Ausschuss	283
C.	Das Versicherungsabkommen von 1989	284
D.	Die sektoriellen Verträge zwischen der Schweiz und der EU	284
1.	Einführung	284
2.	Personaler und sachlicher Charakter	284
2.1	Personaler Charakter	284
2.2	Sachlicher Charakter	284
3.	Bilaterale I	285
3.1	Einleitung	285
3.2	Das Freizügigkeitsabkommen (FZA)	285
3.3	Das Landverkehrsabkommen	291
3.4	Das Luftverkehrsabkommen (LVA)	291
3.5	Abkommen über die Anerkennung von Konformitätsbewertungen	292
3.6	Das Beschaffungsabkommen	292
3.7	Das Landwirtschaftsabkommen	293
3.8	Das Forschungsabkommen	293
4.	Bilaterale II	293
4.1	Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen	294
4.2	Das Betrugsbekämpfungsabkommen	297
4.3	Zinsbesteuerungsabkommen	298
4.4	MEDIA	298
4.5	Abkommen über verarbeitete Landwirtschaftsprodukte	298
4.6	Statistikabkommen	299
4.7	Abkommen über die Beteiligung an der Europäischen Umweltagentur	299
4.8	Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung von Ruhegehältern	299
E.	Das Wettbewerbsabkommen	300
F.	Weitere Abkommen mit der EU	300
G.	Autonomer Nachvollzug	301
1.	Ausgangslage	301
2.	Nachvollzug durch die Gesetzgebung	301
3.	Nachvollzug durch die Rechtsprechung	302
H.	Ausblick / weitere Entwicklungen	303
I.	Übungen	305
<b>Lösungen</b>		<b>306</b>
	Lösungen zum 1. Teil	306
	Lösungen zum 2. Teil	307
	Lösungen zum 3. Teil	308
	Lösungen zum 4. Teil	309
	Lösungen zum 5. Teil	311
	Lösungen zum 6. Teil	313
	Lösungen zum 7. Teil	314

Lösungen zum 8. Teil	315
Lösungen zum 9. Teil	316
Lösungen zum 10. Teil	317
Lösungen zum 11. Teil	318
Lösungen zum 12. Teil	319
Lösungen zum 13. Teil	320
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>323</b>

## Abkürzungsverzeichnis

---

Abb.	Abbildung
ABl. C	Amtsblatt der Europäischen Union – Mitteilungen und Bekanntmachungen
ABl. L	Amtsblatt der Europäischen Union – Rechtsvorschriften
Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (ABl. C 306 vom 17. Dezember 2007, 1)
AKP	Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Raum
a.M.	am Main
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz) vom 16. Dezember 2005 (SR <a href="#">142.20</a> )
AWB	Anwendungsbereich
Az.	Aktenzeichen
Bd.	Band
BewG	Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (SR <a href="#">211.412.41</a> )
BGE	in der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	(Schweizerisches) Bundesgericht
BGFA	Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwalts-gesetz) vom 23. Juni 2000 (SR <a href="#">935.61</a> )
BNE	Bruttonationaleinkommen
BPI	Bundesgesetz vom 13. Juni 2008 über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (SR <a href="#">361</a> )
bspw.	beispielsweise
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR <a href="#">101</a> )
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des (deutschen) Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CETS	Council of Europe Treaty Series (Sammlung der Europaratsverträge, STE)
ChemG	Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz) vom 15. Dezember 2000 (SR <a href="#">813.1</a> )
CHF	Schweizer Franken
COREPER	Comité des représentants permanents / Committee of Permanent Repre-sentatives (Ausschuss der Ständigen Vertreter, AStV)

DAA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags vom 26. Oktober 2004 (SR <a href="#">0.142.392.68</a> )
d.h.	das heisst
DVO	Durchführungsverordnung
E.	Erwägung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (vgl. EURATOM)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25. März 1957
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EBB	Europäischer Bürgerbeauftragter
EDSB	Europäischer Datenschutzbeauftragter
EEA	Einheitliche Europäische Akte vom 17./28. Februar 1986 (ABl. L 169 vom 29. Juni 1987, 1)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation) vom 4. Januar 1960 (SR <a href="#">0.632.31</a> )
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (ABl. C 224 vom 31. August 1992)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) vom 18. April 1951
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Strassburg)
EIB	Europäische Investitionsbank
EMB	Eigenmittelbeschluss
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR <a href="#">0.101</a> , CETS 005)
engl.	englisch
EntsG	Bundesgesetz über die flankierenden Massnahmen bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und über die Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne (Entsendegesetz) vom 8. Oktober 1999 (SR <a href="#">823.20</a> )
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union

EUeR	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 (SR <a href="#">0.351.1</a> )
EuG	Gericht der Europäischen Union (Luxemburg)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union (Luxemburg)
EuGVÜ	Übereinkommen des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 (ABl. C 27 vom 26. Januar 1998, 3)
EUR	Euro
EuR	Europäischer Rat
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft (vgl. EAG)
Eurojust	Informationsnetz für besseren Informationsaustausch der nationalen Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten
Europol	Europäisches Polizeiamt
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (ABl. C 306 vom 17. Dezember 2007, 1)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Frankfurt a.M.)
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
f./ff.	und (fort)folgende/r (Seite[n], Randnummer[n] etc.)
FHA	Freihandelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 22. Juli 1972 (SR <a href="#">0.632.401</a> )
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
frz.	französisch
FZA	Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 (SR <a href="#">0.142.112.681</a> )
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) vom 15. April 1994 (SR 0632.20)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) vom 30. Oktober 1947 und 15. April 1994 (SR <a href="#">0.632.21</a> )
ggf.	gegebenenfalls
GIG	Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) vom 24. März 1995 (SR <a href="#">151.1</a> )
GO	Geschäftsordnung
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2000 (ABl. C 303 vom 14. Dezember 2007, 1)

GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (der ehemaligen Sowjetunion)
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
i.S.(v.)	im Sinne (von)
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz) vom 23. Juni 2006 (SR <a href="#">951.31</a> )
KKG	Bundesgesetz vom 23. März 2001 über den Konsumkredit (SR <a href="#">221.214.1</a> )
KOM	Kommission der EU
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (heute: OSZE)
lat.	lateinisch
lit.	litera (Buchstabe)
m.a.W.	mit anderen Worten
max.	maximal
Mia.	Milliarde
mind.	mindestens
Mio.	Million
MS	Mitgliedstaat
MwSt	Mehrwertsteuer
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Organisation des Nordatlantikvertrags; Übereinkommen vom 4. April 1949)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Frankfurt a.M.)
Nr.	Nummer
N-SIS-Verordnung	Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro vom 8. März 2013 (SR <a href="#">362.0</a> )
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Übereinkommen vom 14. Dezember 1960)
OLAF	Office Européen de Lutte Anti-Fraude (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung)
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR <a href="#">220</a> )
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (SR <a href="#">171.10</a> )
PauRG	Bundesgesetz über Pauschalreisen vom 18. Juni 1993 (SR <a href="#">944.3</a> )
PJZ	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit

PrHG	Bundesgesetz über die Produkthaftungspflicht (Produkthaftungspflichtgesetz) vom 18. Juni 1993 (SR <a href="#">221.112.944</a> )
RAG	Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz) vom 16. Dezember 2005 (SR <a href="#">221.302</a> )
Rep. EFTA Ct.	EFTA Court Reports (Sammlung der Entscheidungen des EFTA-Gerichtshofs)
RFG	Rechtfertigungsgründe
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
RH	Rechnungshof
RL	Richtlinie
Rn.	Randnote
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randzeile
S.	Seite
SAA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staats bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (Schengener Assoziierungsabkommen) vom 26. Oktober 2004 (SR <a href="#">0.362.31</a> )
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 (ABI. L 239 vom 22. September 2000, 19)
SIS	Schengener Informationssystem
Slg.	Sammlung (der Urteile von EuGH und EuG)
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des (schweizerischen) Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR <a href="#">311.0</a> )
SÜ	Schengener Übereinkommen vom 14. Juni 1985 (ABI. L 239 vom 22. September 2000, 13)
THG	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (SR <a href="#">946.51</a> )
u.a.	und andere / unter anderem
u.E.	unseres Erachtens
UN	United Nations (Vereinte Nationen; auch: UNO)
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen; auch: UN)
USD	US-Dollar
u.U.	unter Umständen
verb.	verbunden
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Vertragsrechtskonvention) vom 23. Mai 1969 (SR <a href="#">0.111</a> )

WEU	Westeuropäische Union
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
z.B.	zum Beispiel
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll (zur EMRK)
z.T.	zum Teil

## Literaturverzeichnis

---

Die aufgeführten Werke werden – sofern nicht anders aufgeführt – mit dem Namen der Autoren, der Seitenzahl, dem Paragraphen und/oder der Randnote zitiert.

BAUMGARTNER GERHARD/GRABENWARTER CHRISTOPH/GRILLER STEFAN/HOLOUBEK MICHAEL/  
LIENBACHER GEORG/POTACS MICHAEL, Europäisches und öffentliches Wirtschaftsrecht II, 6. Aufl.,  
Wien 2011.

BESSON SAMANTHA, Droit constitutionnel européen, 3. Aufl., Bern 2016.

BIEBER ROLAND/EPINEY ASTRID/HAAG MARCEL, Die Europäische Union, Europarecht und Politik,  
12. Aufl., Baden-Baden 2016.

BORCHARDT KLAUS-DIETER, Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union, 6. Aufl., Wien  
2015.

BREITENMOSEER STEPHAN/WEYENETH ROBERT, Europarecht, unter Einbezug des Verhältnisses  
Schweiz–EU, 3. Aufl., Zürich 2017.

BREITENMOSEER STEPHAN/GLESS SABINE/LAGODNY OTTO (Hrsg.), Schengen und Dublin, Aktuelle  
Fragen / Schengen et Dublin, Questions actuelles, Zürich 2015.

BREITENMOSEER STEPHAN/GLESS SABINE/LAGODNY OTTO (Hrsg.), Rechtsschutz bei Schengen und  
Dublin, Zürich 2012.

BREITENMOSEER STEPHAN/GLESS SABINE/LAGODNY OTTO (Hrsg.), Schengen und Dublin in der  
Praxis, Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen, Zürich 2010.

BREITENMOSEER STEPHAN/LAGODNY OTTO/UEBERSAX PETER (Hrsg.), Schengen und Dublin in der  
Praxis, Aktuelle Herausforderungen, Zürich 2018.

BREITENMOSEER STEPHAN/GLESS SABINE/LAGODNY OTTO (Hrsg.), Schengen in der Praxis, Erfah-  
rungen und Ausblicke, Zürich 2009.

CALLIESS CHRISTIAN/RUFFERT MATTHIAS (Hrsg.), EUV und AEUV, Kommentar, 5. Aufl., München  
2016.

COTTIER THOMAS/DIEBOLD NICOLAS/KÖLLIKER ISABEL/LIECHTI-MCKEE RACHEL/OESCH MATTHIAS/  
PAYOSOVA TETYANA/WÜGER DANIEL, Die Rechtsbeziehungen der Schweiz und der Europäischen  
Union, Bern 2014.

CRAIG PAUL/DE BURCA GRAINNE, EU Law, 6. Aufl., Oxford 2015.

DONY MARIANNE, Droit de l'Union européenne, 6. Aufl., Brüssel 2014.

EPINEY ASTRID/MOSTERS ROBERT, Europarecht II, Die Grundfreiheiten des AEUV, 3. Aufl., Bern  
2012.

EPINEY ASTRID/MOSTERS ROBERT/RIEDER ANDREAS, Europarecht I, Das institutionelle Recht der  
Europäischen Union, 4. Aufl., Bern 2015.

FELDER DANIEL/KADDOUS CHRISTINE, Bilaterale Abkommen Schweiz–EU, Basel 2000.

FRENZ WALTER, Europarecht, 2. Aufl., Berlin 2016.

FRENZ WALTER, Handbuch Europarecht, Bd. 1–6, Berlin 2004–2011.

GEIGER RUDOLF/KHAN DANIEL-ERASMUS/KOTZUR MARKUS (Hrsg.), EUV/AEUV, Kommentar,  
6. Aufl., München 2017.

GRABITZ EBERHARD/HILF MEINHARD/NETTESHEIM MARTIN (Hrsg.), Das Recht der Europäischen  
Union: EUV/AEUV, Loseblattkommentar (3 Bd.), 61. Ergänzungslieferung, München 2017.

HÄBERLE PETER/KOTZUR MARKUS, Europäische Verfassungslehre, 8. Aufl., Zürich 2016.

- HALTERN ULRICH, Europarecht (2 Bd.), 3. Aufl., Tübingen 2017.
- HATJE ARMIN/ MÜLLER-GRAFF PETER-CHRISTIAN (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht (10 Bd.), Baden-Baden 2013–2016.
- HERDEGEN MATTHIAS, Europarecht, 19. Aufl., München 2017.
- JAAG TOBIAS/HÄNNI JULIA, Europarecht, Die europäischen Institutionen aus schweizerischer Sicht, 4. Aufl., Zürich 2015.
- KELLER HELEN, A Europe of Rights, The Impact of the ECHR on National Legal Systems, Oxford 2008.
- KELLERHALS ANDREAS/BAUMGARTNER TOBIAS/TRÜTEN DIRK, Europarecht, 3. Aufl., Zürich 2016.
- LENZ CARL OTTO/BORCHARDT KLAUS-DIETER (Hrsg.), EU-Verträge, Kommentar, 6. Aufl., Köln 2013.
- MAIANI FRANCESCO/BIEBER ROLAND, Précis de droit européen, 3. Aufl., Bern 2016.
- NIEDOBITEK MATTHIAS (Hrsg.), Europarecht – Grundlagen der Union, Berlin 2014.
- OESCH MATTHIAS, Europarecht, Bern 2015.
- OPPERMANN THOMAS/CLASSEN CLAUS DIETER/NETTESHEIM MARTIN, Europarecht, 7. Aufl., München 2016.
- PECHSTEIN MATTHIAS/NOWAK CARSTEN (Hrsg.), Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV, Tübingen 2017.
- PROGIN-THEUERKAUF SARAH/EPINEY ASTRID/MOSTERS ROBERT, Droit européen II, les libertés fondamentales de l'eupéenne, 2. Aufl., Bern 2016.
- SCHRÖDER WERNER, Grundkurs Europarecht, 5. Aufl., München 2017.
- SCHWARZE JÜRGEN/BECKER ULRICH/HATJE ARMIN (Hrsg.), EU-Kommentar, 4. Aufl., Baden-Baden 2018.
- STREINZ RUDOLF, Europarecht, 10. Aufl., München 2016.
- STREINZ RUDOLF (Hrsg.), Kommentar zum EUV und AEUV, 2. Aufl., München 2012.
- THÜRER DANIEL/WEBER ROLF H./PORTMANN WOLFGANG/KELLERHALS ANDREAS, Bilaterale I & II Schweiz–EU, Bern 2007.
- TOBLER CHRISTA/BEGLINGER JACQUES, Essential EU Law in Charts, 4. Aufl., Budapest 2018.
- TOBLER CHRISTA/BEGLINGER JACQUES, Grundzüge des bilateralen (Wirtschafts-)Rechts Schweiz–EU, Systematische Darstellung in Text und Tafeln (2 Bd.), Zürich 2013.
- VEDDER CHRISTOPH/HEINTSCHEL VON HEINEGG WOLFF (Hrsg.), Europäisches Unionsrecht, Handkommentar, 2. Aufl., Baden-Baden 2018.
- VON DER GROEBEN HANS/SCHWARZE JÜRGEN/HATJE ARMIN (Hrsg.), Europäisches Unionsrecht, Kommentar, 7. Aufl., Baden-Baden 2015.

# 1. Teil Gegenstand der EU

---

## Übersicht

A. Status	E. Eigendarstellung
B. Mitgliedstaaten	F. Informationen
C. Territorialer Geltungsbereich	G. Übungen
D. Unionsbürger	

## A. Status

### Merke

Die *Europäische Union* (EU) ist eine supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit und einer eigenständigen Rechtsordnung, der von ihren Mitgliedstaaten (MS) im Rahmen einer besonderen Kompetenzordnung eine Vielzahl von verschiedensten Sachbereichen zur autonomen hoheitlichen Umsetzung übertragen wurde. Die sich daraus ergebenden Aufgaben werden mittels spezifischer legislativer, exekutiver und judikativer Institutionen und Verfahren entschieden und vollzogen.

## 1. Rechtsgrundlagen

---

### Merke

Die Rechtsgrundlage der EU bilden mehrere völkerrechtliche Verträge (*Grundverträge*) zwischen den Mitgliedstaaten:

- Vertrag über die Europäische Union (EUV);
- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC).

Der EUV und der AEUV werden zusammenfassend auch als «Unionsverträge» bezeichnet. Diesen Verträgen sind 37 Protokolle (Protokoll Nr. [...] über [...]) sowie die Anhänge I und II beigefügt.

Dass die Rechtsgrundlage der EU im Gegensatz zu den nationalen Verfassungen der Mitgliedstaaten oder den Gründungsverträgen von internationalen Organisationen nicht aus einem einheitlichen, sondern aus mehreren Regelwerken besteht, erklärt sich aus ihrer Entstehung mittels einer Zusammenführung von unterschiedlichen Vorgängerorganisationen (vgl. S. 49 ff.). Die Grundverträge bilden aber eine *funktionale Einheit*, weil sie aufgrund ausdrücklicher Regelungen in EUV 1 und 6 Abs. 1 als gleichrangig eingestuft werden.

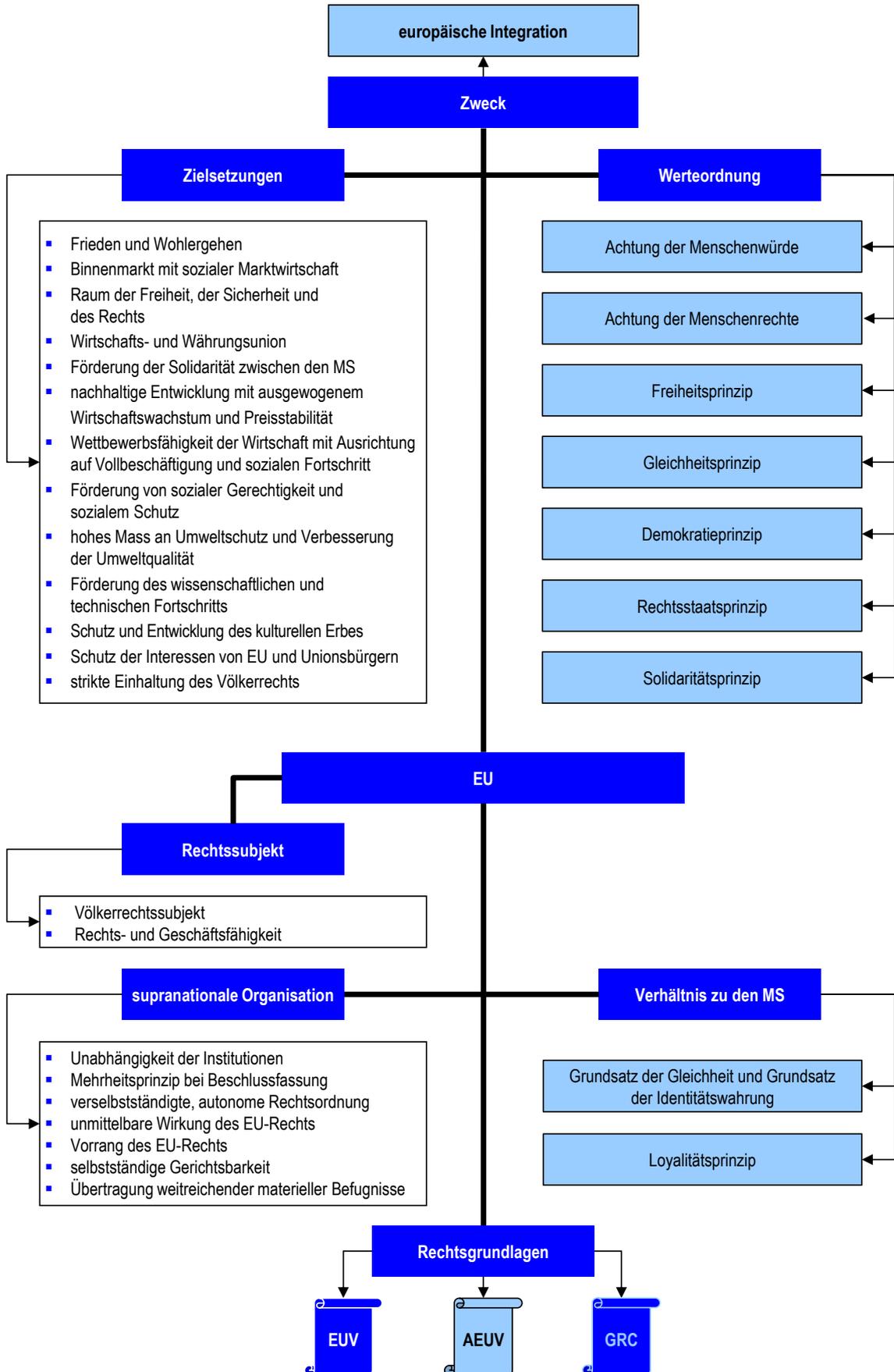
Mit den Grundverträgen werden die wesentlichen Regelungen zu *Bestand und Ausgestaltung der EU* verankert:

- die grundlegenden Elemente der EU, d.h. Zweck, Zielsetzungen und Werteordnung, Rechtssubjektivität, Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten;
- das institutionelle Gefüge mit den wichtigsten Institutionen der EU (EU-Institutionen, vgl. S. 80 ff.) und die von diesen anzuwendenden Verfahren;
- die der EU übertragenen Sachzuständigkeiten und Handlungskompetenzen;
- die wesentlichen Rechte und Pflichten der Unionsbürger und Dritter in der EU.

Zusammen mit weiteren wesentlichen Rechtsakten und Rechtsprinzipien bilden die Grundverträge das *primäre EU-Recht* (vgl. S. 113 ff.).

Aus den Unionsverträgen wird das *sekundäre EU-Recht* entwickelt, das alle weiteren Rechtsakte umfasst, die von den EU-Institutionen aufgrund der ihnen zukommenden Zuständigkeiten und Kompetenzen zur Verfolgung der damit verbundenen Zielsetzungen erlassen werden.

**Abb. 1-1: Grundlegende Elemente der EU**



Primäres und sekundäres EU-Recht bilden zusammen eine *eigenständige Rechtsordnung* (vgl. S. 113 ff.). Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 wird das EU-Recht auch als «Unionsrecht» bezeichnet; bis dahin war die Bezeichnung «Gemeinschaftsrecht» gebräuchlich.

Die jeweils aktuelle Gesamtheit des primären und sekundären EU-Rechts bildet zusammen mit den Zielsetzungen der EU den *EU-Besitzstand*, auch als «*acquis*» (früher «*acquis communautaire*») bezeichnet. Dieser ist von neuen Mitgliedstaaten im Rahmen ihres Beitritts zur EU zu übernehmen (vgl. S. 38 f.).

#### Merke

Das Recht der EU wird regelmässig unter dem Begriff *Europarecht* zusammengefasst, obschon es sich hierbei lediglich um einen Teilbereich des Rechts der europäischen Organisationen und damit um das «Europarecht i.e.S.» handelt. Das «Europarecht i.w.S.» umfasst demgegenüber auch das Recht der übrigen europäischen Organisationen (vgl. S. 69 ff.).

## 2. Organisationsform

---

#### Merke

Die EU stellt eine *Staatenverbindung sui generis* dar, die sich nicht einer der herkömmlichen völkerrechtlichen bzw. internationalen Organisationsformen zuordnen lässt, sondern als supranationale Organisation zu qualifizieren ist.

### 2.1 Traditionelle völkerrechtliche Organisationsformen

Das Völkerrecht unterscheidet bei den *herkömmlichen Organisationsformen* zwischen Staaten als geborenen, d.h. originären Völkerrechtssubjekten einerseits und internationalen Organisationen als gekorenen, d.h. abgeleiteten Völkerrechtssubjekten andererseits. Während den Staaten die Rechts- und Geschäftsfähigkeit als Träger von völkerrechtlichen Rechten und Pflichten vorgegeben ist, kommt den internationalen Organisationen nur eine von ihren jeweiligen Gründungssubjekten abgeleitete Völkerrechtssubjektivität für die ihnen übertragenen Zuständigkeiten und Kompetenzen zu. Zudem bedürfen internationale Organisationen auch der ausdrücklichen oder konkludenten Anerkennung durch andere Völkerrechtssubjekte.

Aufgrund ihrer Qualifikationsmerkmale und Unterschiede gegenüber den traditionellen internationalen Organisationen wird die EU als *supranationale Organisation* charakterisiert (vgl. unten, S. 31 f.), auch wenn die Völkerrechtsfähigkeit der EU sich ebenfalls von der Rechtsfähigkeit ihrer Mitgliedstaaten ableitet und sie daher grundsätzlich auch eine internationale Organisation darstellt.

Eine *Unterscheidung* zwischen supranationalen und internationalen Organisationsformen einschliesslich eines Staatenbunds sowie deren Abgrenzung gegenüber einem (Bundes-)Staat ist anhand verschiedener Kriterien vorzunehmen. Sie kann im Einzelfall allerdings an den Schnittstellen erhebliche Schwierigkeiten bereiten, weil der Übergang von einer Organisationsform zur anderen fließend und nur schwer zu bestimmen ist. Zentraler Aspekt einer Abgrenzung gegenüber dem Staat bildet im Rahmen der Berechtigung zur Selbstorganisation aber die Kompetenz-Kompetenz; sie begründet die Fähigkeit und Berechtigung, selbst über die Begründung, Ausgestaltung und Wahrnehmung von Zuständigkeiten, einschliesslich von deren teilweiser Übertragung auf sonstige untergeordnete oder überstaatliche Korporationen, zu entscheiden:

■ Die folgenden Kriterien bilden die konstituierenden *Wesensmerkmale von internationalen Organisationen*:

- ein völkerrechtlicher Gründungsvertrag;
- mind. zwei Völkerrechtssubjekte als Vertrags- bzw. Mitgliedstaaten;
- mind. ein Organ mit Beschlussfassungskompetenz;
- eine eigene, zumeist durch den Gründungsvertrag zugewiesene Rechtspersönlichkeit.

Internationale Organisationen können nach Zweck, Struktur und Aufgaben ganz unterschiedlich ausgestaltet sein, wodurch sich eine breite Palette an Erscheinungsformen ergibt. Einer internationalen Organisation kommt jedoch keine Kompetenz-Kompetenz zu, vielmehr werden ihre Zuständigkeiten durch die Mitglieder abschliessend vorgegeben. Die Beschlussfassung innerhalb einer internationalen Organisation beruht grundsätzlich auf dem Einstimmigkeitsprinzip, weshalb Abweichungen von den im jeweiligen Gründungsvertrag vorgesehenen Regelungen oder Anpassungen an geänderte Verhältnisse nur einstimmig vorgenommen werden können.

- Ein *Staatenbund* stellt eine besondere internationale Organisation dar, mit der eine vertiefte Zusammenarbeit von souveränen Staaten auf verschiedenen Gebieten umgesetzt wird. Bei diesem konföderalen Ansatz (*confédération/confederatio*) kommt der Zentralgewalt jedoch nur eine stark eingeschränkte Befugnis zu und die Entscheidungsgewalt verbleibt auch weiterhin im Wesentlichen bei den Vertragsstaaten.
- Die konstituierenden *Wesensmerkmale der EU* als supranationale Organisation bilden neben den Aspekten, die eine internationale Organisation auszeichnen, folgende darüber hinausgehenden Merkmale:
  - Unabhängigkeit der EU-Organe gegenüber den Mitgliedstaaten;
  - Mehrheitsprinzip bei der Beschlussfassung von EU-Organen;
  - unmittelbare Verbindlichkeit und Anwendungsvorrang des Unionsrechts vor dem nationalen Recht;
  - effektives Rechtsschutzsystem;
  - weitreichende materielle Befugnisse der EU.

Aufgrund der vorstehenden Aspekte ergibt sich in der praktischen Umsetzung einer supranationalen Organisation eine starke Rechtsverschränkung zwischen den nationalen und den supranationalen Zuständigkeitsbereichen.

- Die konstituierenden *Wesensmerkmale eines (Bundes-)Staats* bilden folgende Kriterien:
  - das Staatsgebiet, d.h. ein abgegrenztes Territorium;
  - das Staatsvolk, d.h. eine im Staatsgebiet als Kernbevölkerung ansässige Gruppe von Menschen;
  - die Staatsgewalt, d.h. die Ausübung von tatsächlicher Herrschaftsgewalt über das Staatsvolk im Staatsgebiet. Die Staatsgewalt stellt die Grundlage der Souveränität eines Staates dar, d.h. die nach innen und aussen unabhängige staatliche Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt. Das zentrale Element der Staatsgewalt ist dabei die originäre Befugnis zur eigenständigen Entscheidung über die Regelung eines jeden Bereichs des gesellschaftlichen Lebens innerhalb des Staatsgebiets, einschliesslich der Kompetenz-Kompetenz.

## 2.2 Abgrenzung der EU gegenüber Staat und Staatenbund

Einerseits rechtfertigt die Ausgestaltung der EU *keine Qualifizierung als (Bundes-)Staat*, weil die hierfür konstituierenden Wesensmerkmale nicht gegeben sind, auch wenn die EU staatsähnliche Merkmale aufweist. So verfügt die EU zunächst nicht über ein eigenes Territorium, weil der Geltungsbereich des EU-Rechts sich allein auf die Staatsgebiete der Mitgliedstaaten abstützt (vgl. S. 41 f.). Und obwohl das EU-Recht eine Unionsbürgerschaft gewährt, hat die EU auch kein eigenes Staatsvolk, da es sich dabei nicht um eine originäre Staatsbürgerschaft handelt (vgl. S. 42). Die Unionsbürger sind demzufolge Staatsbürger des jeweiligen Mitgliedstaats und vorrangig diesem gegenüber berechtigt und verpflichtet. Die EU weist zudem auch keine tatsächliche Herrschaftsgewalt über die Staatsbürger der einzelnen Mitgliedstaaten im Geltungsbereich des EU-Rechts auf; vielmehr ist die EU zur Umsetzung und Durchsetzung des EU-Rechts auf die Mitwirkung der Legislative, Exekutive oder Judikative der einzelnen Mitgliedstaaten und der diesen Institutionen zukommenden nationalen Hoheitsgewalt angewiesen. Schliesslich fehlt der EU die Kompetenz-Kompetenz, weshalb sie innerhalb der ihr von den Mitgliedstaaten eingeräumten Zuständigkeiten gebunden bleibt. Der EU kommt deshalb nur eine abgeleitete und beschränkte Hoheitsgewalt, nicht jedoch eine staatliche Souveränität zu.

Andererseits kann die EU auch *nicht als blosser Staatenbund qualifiziert* werden, weil das supranationale Integrationsmodell der EU grundsätzlich über den konföderalen Ansatz eines nach vorwiegend traditionellen und damit souveränitätsbewahrenden völkerrechtlichen Grundsätzen ausgestalteten Staatenbunds hinausgeht. Der EU kommt aufgrund der integrationsfreundlichen Entwicklung ihrer Organisation und der ihr übertragenen Befugnisse vielmehr ein solches Mass an politischer Eigenständigkeit gegenüber den Mitgliedstaaten zu, welches dasjenige einer Zentralgewalt in einem losen Staatenbund deutlich übertrifft.